

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **56 (1976-1977)**

Heft 6

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommentare

DAS ENDE DER JUGENDREVOLTE?

Die Jugendrevolte im Sinne eines gesellschaftlich definierten und massenhaft auftretenden Problems scheint schon fast wieder der Vergangenheit anzugehören, nicht ganz allerdings, wenn man zum Beispiel an die jüngsten Studentenstreiks in Frankreich denkt. Die Frage, die sich uns stellt, ist also die nach dem Ende der Jugendrevolte. Genauer: Ist die Jugendrevolte verschwunden oder manifestiert sie sich nunmehr in Formen, die nicht mehr als problematisch empfunden werden?

Es hat nicht wenige Studien über die Jugendrevolte gegeben, die den jugendlichen Protest gegen die Gesellschaft und ihre Institutionen beschreiben und zu erklären versuchen. Die umfassendste schweizerische Untersuchung ist die von Robert Blancpain und Erich Häuselmann, die auf einer Erhebung im Kanton Zürich zu Beginn des Jahres 1971 beruht¹.

Welches sind die wichtigsten Erklärungsversuche?

Erstens: Man hat die Jugendrevolte auf die Besonderheiten der Jugendphase zwischen Kindheit und Erwachsenenalter und auf die Verlängerung der Studienzeit zurückgeführt. Die weltweite Studentenrevolte kann damit in Zusammenhang gebracht werden.

Zweitens: Die Jugendrevolte kann als intergenerationeller Konflikt im Verlaufe eines soziokulturellen Wandels in Richtung auf die «nachbürgerliche Gesellschaft» gesehen werden.

Drittens: Die Jugendrevolte kann als Begleiterscheinung jenes Entfeudalisierungsprozesses gedeutet werden, der nunmehr auch die Alters- und Geschlechtsschichtung in Frage stellt².

Viertens: Die Jugendrevolte kann als Begleiterscheinung der Bildungsexplosion betrachtet werden, die die Gesamtheit jugendlicher Ansprüche auf Teilnahme an der Gesellschaft und deren Werten sprunghaft erhöht und den Widerstand derjenigen hervorruft, die sich durch diese Ansprüche bedroht fühlen.

Diese Versuche, das Phänomen der Jugendrevolte zu begreifen, können auch insoweit miteinander kombiniert werden, als sie logisch miteinander vereinbar sind.

Das Verschwinden der Jugendrevolte kann nun zweierlei bedeuten: Die Ursachen der Jugendrevolte sind nicht mehr vorhanden, oder: Die Ursachen sind zwar noch immer gegeben, aber die konkreten Manifestationen im Verhalten der Jugendlichen haben sich verändert. Hier stellt sich dann das Problem, weshalb sie sich verändert haben.

I.

Betrachten wir diese beiden Möglichkeiten im Zusammenhang mit den vier Erklärungsversuchen etwas näher.

Erstens: Man kann wohl kaum behaupten, dass sich der *Status der Jugendlichen* zwischen Kindheit und Erwachsenenalter in den letzten fünf Jahren von Grund auf verändert hat. Die Stu-

denten- und Schülerrevolten haben sicherlich nicht zu einem profunden Wandel der Bildungsinstitutionen beigetragen. In dieser Hinsicht war vor allem der Studentenrevolte ein eklatanter Misserfolg beschieden, der schon in einer relativ frühen Phase zu einer Verlagerung der Auseinandersetzung in den ausserschulischen Bereich geführt haben mag. Diese Entwicklung dürfte auch von einer gewissen Neuinterpretation der durch die höheren Bildungsinstitutionen vermittelten Fähigkeiten und Kenntnisse begleitet gewesen sein, und zwar im Sinne einer Kompetenz, die eigenen, von denen der Bildungsinstitution abweichenden Ziele besser durchsetzen zu können. Eine solche Neuinterpretation könnte bedeuten, dass die eigenen Handlungsräume besser erkannt und ausgenutzt werden. Dass das Problem zum Teil so wahrgenommen worden ist, kann kaum bezweifelt werden. Dafür zeugen auch die opportunistischen Einstellungen, die man nicht selten heute bei den Studenten findet. Ob die gelegentlich daraus resultierende Tendenz zur Manipulation im Bereich der eigenen sozialen Nachbarschaft von einer grösseren Sichtweite der Jugendlichen begleitet ist, scheint fraglich zu sein.

Die Verlängerung der Jugendzeit in der Hochschule dürfte schon in einer recht frühen Zeit der Jugendrevolte die Politisierung der Studenten erhöht und damit die Auseinandersetzung mit der politischen Realität und eine gewisse Exploration entsprechender Handlungsräume gefördert haben. Diese Auseinandersetzung mag dazu geführt haben, dass die Studenten gelernt haben, die eigenen Allianzmöglichkeiten besser einzuschätzen.

Zweitens: Die Jugendrevolte ist auch

als *Generationenkonflikt* aufgrund unterschiedlicher Teilnahme am soziokulturellen Wandel interpretiert worden. Hier stellt sich die Frage, ob dieser soziokulturelle Wandel zum Stillstand gekommen ist oder sich sogar umgekehrt hat. Falls mit diesem Wandel eine reale oder antizipierte Tendenz zur Sättigung von zentralen, in den hochentwickelten Ländern institutionalisierten wirtschaftlichen Werten gemeint ist, kann man sagen, dass wahrscheinlich die wirtschaftliche Rezession der letzten Jahre einen Umschwung herbeigeführt hat. Es ist zu vermuten, dass dadurch zumindest die von den Jugendlichen vorweggenommene Sättigung sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist und dass folglich die ökonomischen Werte wieder wichtiger geworden sind. Damit dürfte sich die Distanz zwischen den Generationen hinsichtlich ihrer Pro- beziehungsweise Anti-Status-quo-Einstellungen zur bürgerlichen Gesellschaft eher etwas vermindert und die Basis für Jugendrevolte in dieser Sicht eher verschmälert haben.

Auch die allerjüngste Tendenz in Richtung geringerer Rezession beziehungsweise erneuten wirtschaftlichen Aufschwungs dürfte sich nicht sofort in eine Wiederaufnahme des genannten soziokulturellen Wandels umsetzen. Die Antizipationen der Jugendlichen werden vermutlich nicht rasch auf die frühere Höhe zurückschnellen.

Diese Überlegungen scheinen eine recht befriedigende Erklärung für das Verschwinden der Jugendrevolte in den höchstentwickelten Ländern anzubieten. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit sich nachbürgerliche Werte in der vorangehenden Phase schon institutionalisiert haben und damit auch

rasch reaktiviert werden können. Eine solche Institutionalisierung haben in unseren Gesellschaften die Umweltwerte erfahren, und es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sich hier Manifestationen der Jugendrevolte in Verbindung mit reaktionären Kräften beobachten lassen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Feststellung zu machen, dass das Interesse der Jugendlichen für die Problematik der Entwicklungsländer zurückgegangen ist. Damit dürfte eine übernationale Allianz der Jugendlichen nicht mehr aktuell sein.

Drittens: Die Jugendrevolte kann auch als Phase eines *Entfeudalisierungsprozesses* gedeutet werden, der die Altersschichtung betrifft. Es könnte nun sein, dass diese Phase zum Abschluss gekommen ist und dass das Alter als Kriterium für die Zuteilung unterschiedlicher Rechte und Pflichten an Gewicht verloren hat. Es lässt sich aber kein eindeutiger Trend in dieser Richtung feststellen. So scheint die Rezession eher zu einer gewissen Verhärtung der Altersschichtung beizutragen, wofür die relativ hohe Rate der Jugendarbeitslosigkeit zeugt. Auch die Tendenz zur Ghettoisierung der Jugendlichen scheint nicht völlig verschwunden zu sein, und die Kriminalisierung im Sinne einer Änderung der Manifestationen der Jugendrevolte dürfte in den letzten Jahren eher zugenommen haben.

Viertens: Schliesslich kann die Jugendrevolte, wie wir am Anfang festgestellt haben, auch als Folge der *raschen Bildungsexpansion* gedeutet werden, die, wenn sie nicht von einer entsprechenden Änderung der Berufsstruktur begleitet ist, zur massenhaften Untererfüllung von Ansprüchen an die Ge-

sellschaft führt und als Folge davon zur Neigung, die Gesellschaft als ganze dafür verantwortlich zu machen. Die hohen Erwartungen im Hinblick auf berufliche Stellung, wie sie während der wirtschaftlichen Prosperität zu beobachten waren, lassen darauf schliessen, dass viele Jugendliche die genannten strukturellen Folgen der Bildungsexpansion selbst nicht vorausgesehen haben. Die durch die Rezession verstärkte Erfahrung mit dieser Problematik dürfte heute viel mehr ins Gewicht fallen, als dies in der Phase der eigentlichen Jugendrevolte der Fall war. Diese Überlegung impliziert, dass die von diesem Erklärungsansatz postulierte strukturelle Basis für die Jugendrevolte sich in jüngster Zeit sogar noch verstärkt hat.

Allerdings hat sich inzwischen der Prozess der Bildungsexpansion, zum Teil als Antwort auf die Jugendrevolte, verlangsamt. Sofern die Folgen dieser Verlangsamung antizipiert werden, verlieren vermutlich die Auswirkungen dieser strukturellen Basis wieder an Gewicht. Sodann dürften sich die individuellen Ansprüche mit der Zeit den Möglichkeiten der Berufsstruktur anpassen. Die Rezession dürfte diesen Anpassungsprozess eher beschleunigt haben.

Trotz dieser Einschränkungen kann der von der Bildungsexpansion ausgehende Erklärungsversuch nicht auch als Erklärung für das Ende der Jugendrevolte benutzt werden. Unsere Überlegungen zu den auf soziokulturellem Wandel und Bildungsexpansion beruhenden Ansätzen lassen eher den Schluss zu, dass sich die relative Bedeutung der beiden gesellschaftlichen Probleme, die Jugendrevolte erzeugen können, im Laufe der Zeit etwas ver-

schoben hat. An die Stelle eines Konfliktes zwischen Werten dürfte zunehmend die Nichteinlösung legitimer Erwartungen treten.

Aber auch dazu ist ein Vorbehalt anzubringen. Der vorangehende Prozess des Wertwandels hat nämlich den aus Bildung abgeleiteten beruflichen Erwartungen die Legitimität entzogen. Dies lässt sich empirisch klar nachweisen. Dieser Legitimitätsentzug dürfte durch den Prozess der Entfeudalisierung der Altersschichtung noch verstärkt worden sein.

Während in der Phase der eigentlichen Jugendrevolte die politische Virulenz der Bildungsexpansion durch die hohen beruflichen Erwartungen abgefangen worden ist, wird sie in der darauf folgenden Phase durch den überdauernden Legitimitätsverlust der Bildung geschwächt. Dass eine erhöhte Konfrontation mit der Berufsstruktur stattfindet, kann recht deutlich beobachtet werden; ob diese Konfrontation aber in eine neue Welle von Gesellschaftskritik umschlagen wird, ist unter

den genannten Bedingungen nur schwer voraussehbar. Falls jedoch im Verlauf der Rückkehr zur bürgerlichen Gesellschaft die Legitimität der aus der Bildung abgeleiteten Ansprüche wieder zunehmen sollte, kämen die politischen Auswirkungen der Bildungsexpansion doch noch zum Zuge.

II.

Im folgenden sollen einige wenige Aspekte der gegenwärtigen Problematik der Jugendrevolte durch empirische Hinweise illustriert werden. Die folgenden Angaben sind einer repräsentativen postalischen Umfrage bei den Studenten der Universität Zürich entnommen, die im Sommer 1975 durchgeführt wurde³.

Es zeigt sich, dass ein erheblicher Teil der Studenten (64,1%) nicht sicher ist oder nicht glaubt, dass sich das Studium auf lange Sicht in ein *entsprechend hohes Einkommen* umsetzen lässt. Die Frage lautete:

«Ein Studium lohnt sich finanziell auf lange Sicht»:

starke Zustimmung	4,2%
Zustimmung	31,5%
unentschieden	33,5%
Ablehnung	23,3%
starke Ablehnung	7,3%
	<u>99,8%</u>

(N = 656)

Man kann demnach kaum mehr von unrealistisch hohen finanziellen Erwartungen der Studenten sprechen.

Aber auch das relative Gewicht, das von den Studenten beruflichen und anderen Aufstiegswünschen beigemessen wird, scheint nicht besonders hoch zu sein. Solche Wünsche wurden nur von

29,7% der Studenten geäußert. Demgegenüber äusserten 46% der Studenten den Wunsch, sich *gesellschaftspolitisch* zu engagieren, und nur 9,5% zeigten eine Präferenz für Rückzug («Für mich ein ungebundenes und zurückgezogenes Leben leben, das ist es, was ich möchte»). 11,3% entschieden sich für eine Formu-

lierung, die zwischen Aufstieg und Rückzug liegt («Bei einem befriedigenden Lebensstandard ohne grosse Umstände durchs Leben kommen, das ist es, was ich will»). Diese Angaben weisen darauf hin, dass das Studium kei-

neswegs nur als Instrument für Aufstieg interpretiert wird; es könnte sein, dass es auch eine gesellschaftspolitische Kompetenz vermittelt. Die gesellschaftspolitische Option, die den Studenten vorgelegt wurde, lautete:

«Unsere Gesellschaft muss von Grund auf verändert werden, dazu möchte ich in meinem Leben beitragen»	17,9%
«Ich möchte in meinem Leben einen wirklichen Beitrag zu sozialen Reformen leisten»	<u>28,1%</u>
	46,0% (N = 646)

Es ist zu vermuten, dass die Art des gesellschaftspolitischen Engagements auch in den *Parteipräferenzen* zum Ausdruck kommt. Auf einer Skala «sehr sympathisch – sympathisch – indifferent – unsympathisch – sehr unsympathisch» beurteilten 57,5% der Studenten die SP und 26,1% die POCH als sympathisch oder sehr sympathisch. Bei der Beurteilung der bürgerlichen Parteien sind jeweils die prozentualen Anteile von «indifferent» am höchsten (EVP 42,8%, SVP/BGB 41,6%, CVP 36,0%, LdU 36,0%, FDP 25,7%). Weit aus die stärkste Ablehnung (sehr unsympathisch und unsympathisch) erfuhr die NA mit 87,7%, in grossem Abstand gefolgt von POCH mit 55,6%.

Gesellschaftspolitisches Engagement und Parteipräferenz sind, wie zu erwarten ist, empirisch miteinander verknüpft. So finden Studenten ohne gesellschaftspolitisches Engagement Linksparteien weniger sympathisch.

Obwohl diese Ergebnisse nicht besonders verwunderlich sind, sprechen sie doch dafür, dass die strukturelle Basis für die Jugendrevolte nicht völlig verschwunden ist. Allerdings dürfte sich im Verlauf der Rezession die Anpassungsform des Rückzugs stark vermin-

dert haben. In der nicht streng vergleichbaren Untersuchung über die Unrast der Jugend betrug 1971 der Anteil derjenigen Jugendlichen mit hoher Bildung (Studenten), die sich für Rückzug aussprachen («Ich möchte von Erwartungen und Ansprüchen frei sein und ein ungebundenes Leben führen können. Geld und Ansehen spielen keine Rolle»), nicht weniger als 45%. Die Alternative betreffend gesellschaftspolitisches Engagement konzentrierte ungefähr 30% auf sich und die strukturkonformistische bürgerliche Alternative ungefähr 25%. Es darf also mit Sicherheit angenommen werden, dass sich inzwischen die Anpassungsform des Rückzugs stark vermindert hat, wogegen die strukturkonformistische bürgerliche Einstellung, wahrscheinlich aber auch das gemässigte gesellschaftspolitische Engagement zugenommen haben. Es ist durchaus denkbar, dass diese Entwicklung zu einer gewissen Polarisierung der Studenten führt. Wenn die in der Studentenuntersuchung von 1975 genannten Anpassungsmodi auf einer Dimension «strukturkonform – antikonform» aufgereiht werden, kommt eine gewisse Polarisierung zum Vorschein:

«Ich möchte im Beruf und auch im sonstigen Leben weiterkommen und es zu etwas bringen»	29,7%
«Bei einem befriedigenden Lebensstandard ohne grosse Umstände durchs Leben kommen»	11,3%
«Für mich ein ungebundenes und zurückgezogenes Leben leben»	9,5%
«Ich möchte in meinem Leben einen wirklichen Beitrag zu sozialen Reformen leisten»	28,1%
«Unsere Gesellschaft muss von Grund auf verändert werden, dazu möchte ich in meinem Leben beitragen»	17,9%
	<u>96,5%</u>

Obwohl die Rezession die Rückzugsoption vermutlich stark reduziert hat, dürften die stärker institutionalisierten nachbürgerlichen Werte keineswegs vollkommen verschwunden sein. Gewisse Hinweise darauf können einer Untersuchung über Zürcher Schüler im Alter von durchschnittlich 18 Jahren

aus den Schultypen: Berufsschule (BS), Handelsschule (KV), Berufsmittelschule (BMS), Unterseminar (US), Gymnasium (GY) und Oberrealschule (OR) entnommen werden⁴.

Es wurde u. a. die Frage gestellt: «Halten Sie für sich eine hohe berufliche Position für erstrebenswert?»

	Schülerinnen	Schüler	Total
ja	23%	43%	33%
nein	39%	19%	29%
ich bin mir darüber nicht im klaren	38%	38%	38%
	<u>100%</u>	<u>100%</u>	<u>100%</u>
	(N = 176)	(N = 178)	(N = 354)

Trotz des grossen Unterschiedes zwischen Schülerinnen und Schülern ist doch bemerkenswert, dass auch von den Jungen nur 43% zustimmen.

es wünschenswert, dass versucht wird, den wirtschaftlichen Wohlstand in der Schweiz weiterhin zu halten oder zu steigern?»

Ferner wurde gefragt: «Finden Sie

Den wirtschaftlichen Wohlstand in der Schweiz	Schüler in lehrbegleitenden Schulen (BS, KV, BMS)	Schüler in Ganztags-schulen (US, OR, GY)	Total
nicht halten	7%	25%	16%
halten	80%	71%	76%
steigern	13%	4%	8%
	<u>100%</u>	<u>100%</u>	<u>100%</u>
	(N = 179)	(N = 178)	(N = 357)

Obwohl diese Schultypen auch mit der sozialen Herkunft der Schüler korrelieren (nach Geschlecht kontrolliert Schülerinnen: $\gamma = .39$, Schüler $\gamma = .60$),

besteht bemerkenswerterweise keine direkte Beziehung zwischen Herkunftstatus der Schüler und der oben genannten Werthaltung ($\gamma = -.10$). Die

Tabelle zeigt einen signifikanten Unterschied zwischen lehrbegleitenden und Ganztagschulen. Dies mag damit zu tun haben, dass die Ganztagschulen weniger stark an den beruflichen Bereich gebunden sind als die lehrbegleitenden Schulen. Sie haben eher die Chance, zu den in der Wirtschaft institutionalisierten Werten eine gewisse

Distanz zu nehmen. Es ist durchaus denkbar, dass «geschlossene» Bildungsinstitutionen auf der sekundären und tertiären Stufe zu Trägern nachbürgerlicher Werte geworden sind.

Ferner zeigt sich, dass diese Werthaltung mit einer gleichsinnigen Antizipation der wirtschaftlichen Entwicklung in der Schweiz positiv verknüpft ist:

Antizipation der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz

pessimistisch
optimistisch

Einstellung zur wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz	
negativ	positiv
55%	28%
<u>45%</u>	<u>72%</u>
100%	100%
(N = 55)	(N = 293) Total (348)

Die Korrelation beträgt $\gamma = .50$. Das hier sich abzeichnende nachbürgerliche Syndrom wird vermutlich noch dadurch verstärkt, dass die negative Einstellung

zur wirtschaftlichen Entwicklung mit geringem Wunsch nach hoher Berufsposition assoziiert ist:

Einstellung zu hoher Berufsposition

negativ
positiv

Einstellung zur wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz	
negativ	positiv
76%	40%
<u>24%</u>	<u>60%</u>
100%	100%
(N = 37)	(N = 182) Total (219)

Die Korrelation beträgt $\gamma = .64$.

Polarisierung in Sicht

Wir haben zunächst vier Ansätze zur Erklärung der Jugendrevolte diskutiert und die Frage aufgeworfen, inwiefern sie auch zur Erklärung des Verschwindens oder der Transformation der Jugendrevolte beitragen können. Aufgrund unserer Überlegungen kamen wir unter anderem zum Schluss, dass die wirtschaftliche Rezession die Kritik an

den bürgerlichen Werten geschwächt haben dürfte und dass sich eine realistischere Einschätzung der eigenen beruflichen Chancen durchsetzen werde. Die Ergebnisse von zwei vor kurzem durchgeführten Umfragen bei Zürcher Studenten und Schülern haben uns erlaubt, diese Folgerungen zu qualifizieren. Die Entwicklung scheint in Richtung einer gewissen Polarisierung zwischen bürgerlich und antibürgerlich eingestellten Jugendlichen auf Kosten von Jugendlichen mit Rückzugseinstellungen zu verlaufen. Eine vollständige Re-

stauration der kollektiven und individuellen ökonomischen Werte ist bei den Jugendlichen keineswegs in Sicht, und eine Umdeutung der Bildung im Sinne gesellschaftspolitischer Kompetenz kann nach wie vor beobachtet werden.

Peter Heintz

¹Zur Unrast der Jugend, Eine soziologische Untersuchung über Einstellungen, politische Verhaltensweisen und ihre gesell-

schaftlichen Determinanten, Frauenfeld, Huber, 1974. – ²P. Heintz, Jugendrevolte contra Bildungsrevolution? In: Schweizer Monatshefte, Sonderheft, 52. Jg., Heft 1, April 1972, 22–31. – ³Matthias U. Peters und Peter G. Zeugin, Zur ökonomischen und sozialen Lage der Studenten an der Universität Zürich, hrsg. von der Universität Zürich, 1976. – ⁴S. Hohermuth, V. Kücholl, Ch. Ryffel-Gericke, R. Streit und K. Vetter, Wie Zürcher Schüler ihre Umwelt sehen. Soziologisches Institut der Universität Zürich, 1976.

Heute gibt es nun schon wieder Leute, die meinen, die Jugend habe sich ja beruhigt, die Gefahr sei vorüber. (...) ... man muss ihnen sagen, dass die Ruhe trügerisch sein könnte. Wir haben es heute und noch mehr in den kommenden Jahren mit dem Zusammentreffen zweier schon für sich allein gefährlicher Belastungen zu tun: Eine nicht auf die Bundesrepublik beschränkte Wirtschaftskrise mindert die Ausbildungs- und Berufschancen der Jugend gerade zu dem Zeitpunkt, da geburtenstarke Jahrgänge die Schulen verlassen. (...) Wird nicht die Unruhe der sechziger Jahre wiederkehren, nur dass sie nicht mehr aus Wohlstand und Überdruß kommt, sondern aus Existenzangst und erzwungener Untätigkeit? (...) Erschütterungen werden nicht ausbleiben, und dann wird es gut sein, etwas mehr vom Denken, Fühlen und Verhalten der Jugend zu wissen, die in diesem Zeitbruch lebt.

Klaus Mehnert

in: Jugend im Zeitbruch, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1976.

EIN JAHR NACH HELSINKI

Was unternimmt man gegen «Fahnenflüchtige», die sich dem «sozialistischen Aufbau» ihres Landes entziehen oder sich weigern, tätig am Aufbau der kommunistischen Gesellschaft teilzunehmen? Seit rund drei Jahrzehnten haben sich bei jüdischen, deutschen, polnischen, magyrischen, türkischen Bewerbern um eine endgültige Ausreise aus kommunistischen Staaten nach dem Westen bestimmte Usancen und Alternativen herausgebildet: erstens kann solch ein Ansuchen jahrelang verzögert

und wiederholt abschlägig beschieden werden; zweitens kann der meist zu einer gesonderten ethnischen oder religiösen Gemeinschaft zählende Antragsteller innerhalb eines Staatswesens sozial zurückgestuft werden, verliert zum Beispiel einen gutbezahlten Posten und wird auf ungewisse Wartefrist gesetzt; drittens kann die einmalige Ausreise genehmigt werden, gleichzeitig behalten Behörden bis auf 30–50 kg «Fluchtgepäck» Besitz, Eigentum, ja persönliche Dokumente und Andenken

ohne Entschädigung; viertens und schliesslich hat sich für eine Anzahl Auswanderer-Staaten eine Art «Kopfgeld»-Prämie als Lösung angeboten, meist in Höhe von mehreren tausend US-Dollars, wobei Zwischenhändler mit menschlichem Leid und menschlicher Sehnsucht oft ein Mehrfaches dieser Ablöse-Summen einstreichen. Wer zahlte? Verwandte, Freunde, frühere Firmen. Seit wenigen Jahren bestehen halboffizielle Vereinbarungen auch auf Regierungsebene, um diese unmenschliche Hypothek der Generation des Zweiten Weltkriegs endlich zu liquidieren.

Das polnisch-deutsche Regierungsabkommen, am 12. März 1976 im deutschen Bundesrat einstimmig verabschiedet, hat keineswegs zufällig eine ähnliche Problematik für andere Oststaaten aktualisiert. Hunderttausende Menschen in Ost- und Westeuropa empfanden diese Aufbruchbewegung und fixe Vereinbarung als letzte Gelegenheit, um humanitäre Fragen fünf Minuten vor zwölf doch noch einvernehmlich, durch Taten, zu regeln. Grundsätzlich aber hat die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki (30. Juli bis 1. August 1975) nach über zweijähriger Dauer der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit «Korb 3» ein neues Element in das Klima menschlicher Kontakte hineingetragen.

«Zusammenarbeit in humanitären Bereichen ...»

Regelmässige Begegnungen auf der Grundlage familiärer Beziehungen, Familienzusammenführung, Eheschliessungen zwischen Bürgern verschiedener Staaten, Reisen aus persönlichen oder

beruflichen Gründen, Erweiterung der Kontakte in «Korb 3» widerspiegeln mit genau ausgefächerten Absichtserklärungen zugleich drei Jahrzehnte bittere Erfahrungen und Enttäuschungen des menschlichen Transfers zwischen Ost und West. Aus der Sicht der Menschenrechte, aufgrund mehrfach kodifizierter Völkerrechtsverträge des Textiles «Korb 3» von Helsinki besteht kein Zweifel: *Diese* Erklärungen von Helsinki sind unverzüglich und umfassend von den 35 unterzeichneten Regierungen «auf freiwilliger Grundlage» durchzuführen! Dank Helsinki sind diese Fragen dem Zwielficht und der willkürlichen Auslegung entrückt. Jetzt ist Osteuropa am Zuge, denn aus Weststaaten konnte und kann jederzeit Auswanderung, Ausreise, Vereinigung, Besuch erfolgen.

Wie bot sich Mitte 1976 das Bild der Ausreisegesuche, der Familienzusammenführung in den Staaten Ost- und Südosteuropas?

Schätzungswerte von 120000 sowjetdeutschen Anträgen auf Familienzusammenführung oder Umsiedlung, vorläufig rund 125000 Ansuchen von «deutschstämmigen Polen» für eine einmalige Ausreise in die BR Deutschland; etwa 25000 Aussiedlungsanträge aus der ČSSR, die inzwischen (ähnlich wie im Falle Polen) rahmenmässig ebenfalls genehmigt wurden. Die Umsiedlungsanträge aus Ungarn nach Westdeutschland, Österreich, Nordamerika usw. hatten niemals Ausmasse einer Massenbewegung angenommen. Jugoslawien hat mit relativer Freizügigkeit für seine Staatsbürger sowohl Besuchsreisen wie endgültige Ausreisen grundsätzlich und praktisch genehmigt – ohne dass je ein wirklicher Substanzverlust eingetreten wäre. Zwischen So-

fia und Ankara wurde ein jährliches Auswanderungskontingent von 10 000 bulgarischen Staatsbürgern türkischer Volkszugehörigkeit vereinbart, weil die Türkei mehr pro Jahr sozialwirtschaftlich nicht integrieren kann. Aus der Sozialistischen Republik Rumänien haben, zum Teil seit einem Jahrzehnt, etwa 60 000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben beim Deutschen Roten Kreuz den Antrag auf Familienzusammenführung gestellt, das sind rund 13% der deutschsprachigen Bevölkerung des Landes.

Triebfedern der Ost-West-Wanderung in Europa

Bemerkenswerterweise bildet die höhere Lebenshaltung im «goldenen» Westen, in Gegenüberstellung zum kommunistischen «Paradies», nicht das beherrschende Motiv für die über 500 000 Bewerber um die Ausreise nach dem Westen. So wünschen offenbar jüdische Auswanderer (nach dem 13jährigen Höllendasein während der Hitler-Ära) etwaigen neuen Pogromen durch die Ausreise nach Israel oder in die USA zuvorzukommen. Deutsche Volksangehörige der Ostländer wollen, auch im Zeichen der Rezession, «weil wir Deutsche sind», in ein deutschsprachiges Land Westeuropas einwandern. In manchen Fällen bedeutet die angestrebte freizügige Vereinigung mit Familienangehörigen im Westen einfach ein zusätzliches Bekenntnis zu einer Ordnung in Freiheit. Bei näherem Zusehen und Nachforschen spielen zwei Ursachen für die Auswanderung von Angehörigen nationaler oder religiöser Gruppen eine Rolle: Die Praxis des Nationalitätenrechts ist heute in den Oststaaten auf die Entwicklung zur einheitlichen

Staatsnation, zur beschleunigten Assimilierung abgestellt. Vergleichsweise boten die Friedensverträge und staatlichen Gesetzeswerke nach dem Ersten Weltkrieg den Nationalitätengruppen weit mehr Schutz und Entfaltungsmöglichkeiten als heute, da man sich in den Oststaaten diesbezüglich so eifrig auf Lenin beruft. Angehörige «gleichberechtigter», praktisch aber benachteiligter Gruppen streben fort, um Sprache, Kultur und Glauben der Väter in einem anderen Weltteil besser zu wahren. Ferner gilt in den kommunistisch geführten Ländern: Cuius regio, eius ideologia (religio)! Dieser totale Zwang zum Glück veranlasst Einzelne und Gruppen, sich auf das Recht der Freizügigkeit zu berufen.

«Korb 3» wird zum Prüfstein der Détente

Ideologisch ist für die Partei- und Staatsführungen der KP-Internationalen mit den Stichworten «Umsiedlung», «Familienzusammenführung» und dergleichen der Tatbestand der versuchten Desertion erfüllt. Entsprechend liegen ungezählte Äusserungen und Reaktionen vor. In den nächsten Monaten und Jahren wird sich entscheiden müssen, ob es ein übergeordnetes, Ost und West verbindendes Völkerrecht der Staatsregierungen Europas, oder nur den exklusiven Missionseifer regierender Parteisekten gibt. Bestehen hinsichtlich der Grundsätze von «Korb 1» und der Absichtserklärungen von «Korb 2» als Langzeit-Programm kaum Meinungsverschiedenheiten, so wird der humanitäre Bereich von «Korb 3» zum unmittelbaren Prüfstein der Détente.

Man wird 1977, gemäss «Korb 4», in Belgrad nicht über «Kopfgelder»

der Ausreisegenehmigungen aus Osteuropa debattieren. Die Aufstockung der Renten polnischer Arbeiter, die während des Zweiten Weltkriegs durch das Deutsche Reich zwangsverpflichtet waren, bilden einen humanitären Sonderfall. Einer der wohlhabendsten Staaten der Welt, die BR Deutschland, war und ist offenbar bereit, auch anderen Kontrahenten humanitärer Abkommen (etwa unter dem Titel Vergütung für staatliche Ausbildungsfinanzierung oder soziale Aufwände) Kreditrahmen einzuräumen. Ganz unmöglich auf die Dauer ist es jedoch in West- und Osteuropa oder sonst irgendwo, humanitäre Gesten oder wirkliche Leistungen friedenswilligen Ausgleichs ratenweise «abzukaufen». Keine Regierung der Welt wäre imstande, solche «Geschäfte» auf lange Sicht zu finanzieren. Kein Staat der Welt dürfte auch damit zusammenhängende Ausnahmevereinbarungen zur Völkerrechtsnorm erklären. Noch steht allerdings Europa im Zwielflicht nichteingestandener «Schönheitsfehler» dieses Feilschens, der inkommensurablen Tauschgeschäfte für die Umsiedlung einiger Hunderttausend Menschen aus einem knappen Dutzend ost- und südosteuropäischer Staaten.

Glaubwürdigkeit der internen Ordnung

Damit ist «Korb 3» nicht eine dritt-rangige Problematik der Schlussakte von Helsinki. Verbessertes Heimat- und Nationalitätenrecht, Freizügigkeit der Bürger in den Oststaaten werden zur Schlüsselfrage der *gesamten* Haltung dieser KP- und Staatsführungen sowie des zusammenfassenden Urteils im Westen: ob zum Beispiel die Manö-

vrierfähigkeit eines kleinen Warschauer-Pakt-Staates gegenüber der Sowjetunion, ob Forderungen nach «Gleichstellung» und «Autonomie» kommunistischer Parteiführungen in einzelnen Staaten Osteuropas tatsächlich dem Streben nach liberalisierter *interner* Ordnung entsprechen. Dieses freiere Kräftespiel der Innenpolitik rechtfertigt oder entwertet letzten Endes alle aussenpolitischen und inter-sozialistischen Demonstrationen von KP-Führern. Die Ostberliner Europa-Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien am 29. und 30. Juni hat diese Frage erneut aufgeworfen: Kann zum Beispiel Rumänien mit gutem Gewissen für seine fast 3½ Millionen Volksangehörigen (Moldowaner) im früheren Bessarabien und in der Nord-Bukowina eintreten, wenn *gleichzeitig* in Siebenbürgen oder im rumänischen Banat diskriminatorische Massnahmen gegen magyarisch-szeklerische, deutsche oder serbische Volksgruppen ergriffen werden? Weshalb ist es heute noch möglich, dass etwa magyarisch-szeklerische Absolventen technischer oder chemischer Sparten an siebenbürgischen Fachmittel- oder Hochschulen überwiegend und gezielt nicht innerhalb der eigenen ethnischen Gemeinschaft Posten erhalten, sondern in der Dobrudscha und im rumänischen «Altreich»? Wieso berichtet Bukarest von einem zufriedenstellenden deutschsprachigen Unterrichtswesen, wenn diese Schulen durch Fusionierung mit rumänischen Anstalten, Lehrerumbesetzungen, Streichungen im Lehrplan zum Beispiel praktisch auf vier wöchentliche Deutschstunden reduziert sind? Weshalb bestellt die Miliz (Gendarmerie) in Rumänien deutschsprachige Antragsteller auf Familienzusammenführung

nach dem Westen zu sich und legt ihnen den Verzicht auf den Antrag nahe, weil sonst der Familienvater seinen Posten oder dessen Kinder den Zugang zum höheren Bildungsweg einbüßen könnten? Lässt sich denn ein so massives Vorgehen wirklich noch länger auf «Übergriffe untergeordneter Organe» zurückführen, von denen die oberste Führung keine Kenntnis hat? Wir nennen in diesem Zusammenhang bewusst Rumäniens Partei- und Staatschef Nicolae Ceaușescu, weil er stets für sich, seine RKP, *seine* Nation, seinen Staat Autonomie, den «eigenen Weg» und bewegliche Scharniere gegenüber dem Kreml in Anspruch nimmt. Seine Glaubwürdigkeit wird sich *mit* daran entscheiden, ob er einem Neo-Chauvinismus totalitärer Art verfällt, oder in-

nenpolitisch unterschiedslos für *alle* Staatsbürger den Nachweis der Demokratie erbringt.

Das Problem von «Korb 3» ist eine Entscheidungsfrage zwischen Ost- und Westeuropa. Brächte Helsinki für den kleinen Mann, seine Familie, seine Verwandten und Freunde in Ost und West nicht jene humanitären Erleichterungen, wären zwei Jahre hochgestufter KSZE-Erklärungen nutzlos gewesen. Jedes «Einfrieren» von Gewohnheiten des verblichenen kalten Kriegs würde nicht Stillstand, sondern eine spürbare Verschlechterung der Beziehungen zwischen Unterzeichnerstaaten in West und Ost bringen. Wer will das? Wer könnte diese Taktik wirklich verantworten?

Otto Rudolf Liess

BEIM WIEDERLESEN

Man müsste eine Rubrik in der Zeitschrift und im Feuilleton einführen, die «*Wiederbegegnung*» oder «*Beim Wiederlesen*» heissen könnte, einen zureichenden Raum für Notizen über Erfahrungen mit Büchern, die zwanzig oder dreissig Jahre alt sind. Die Forderungen des literarischen Betriebs lassen das heute kaum zu. Was zeitlich schon so weit hinter uns liegt, ist entweder vergessen oder längst Gegenstand der Literaturwissenschaft und daher dem aktuellen Gespräch entrückt. Es zählt zur Geschichte, und selbstverständlich hat es wenig Sinn, sich dagegen aufzulehnen. Andererseits aber wirkt alles Vergangene auf die Gegenwart. Man müsste sich Rechenschaft darüber geben, in welcher Weise. Jeder von uns hat Erinnerungen und Eindrücke, die

auf die Begegnung mit grosser Literatur zurückgehen, als sie noch neu war. Es gab eine Zeit, da hat uns beunruhigt, begeistert oder zum Widerstand gereizt, was jetzt entweder vergessen oder Schullektüre und Gegenstand der Wissenschaft geworden ist. Auf den Literaturseiten spricht man nicht mehr davon, die sind dem Tage reserviert. Eben das, scheint mir, verzeichnet das Bild.

Man müsste den Versuch machen, die Entdeckungen von einst, an die wir uns noch erinnern und die uns als Leser und Teilnehmer am Gespräch über Literatur mitgeprägt haben, mit den Augen von heute neu zu lesen. Man müsste noch einmal, aus veränderter Sicht, darauf reagieren. Zum Beispiel müsste man es tun im Blick auf «*Die Insel des zweiten Gesichts*» von *Albert*

Vigoleis Thelen, diesen grossen Roman eines bedeutenden Schriftstellers, der durch sein Dasein allein Proportionen deutlicher sichtbar werden lässt. Weitere Titel und Autoren bieten sich sogleich für die vorgeschlagene Rubrik an: «*Die Schlafwandler*» und «*Der Tod des Vergil*» von *Hermann Broch*, der «*Ulysses*» von *James Joyce*, den zu lesen wir ja durch die Neuübersetzung von *Hans Wollschläger* aufgefordert sind. Weitere Revisionen, die sich aufdrängen, wären etwa die Gedichte von *Wilhelm Lehmann* oder «*Die Blechtrommel*» von *Günter Grass*.

Verlag und Buchhandel werden bestätigen, dass dergleichen Wiederbegegnungen durchaus stattfinden, nicht in jedem der genannten Fälle gleich häufig zwar, aber immerhin so, dass man die Autoren und die Werke zur Gegenwart im weiteren Sinn rechnen dürfte. Nur da, wo das Gespräch öffentlich ist, in den Zeitschriften und auf den Literaturseiten, haben die Entdeckungen von gestern den Neuerscheinungen von heute das Feld geräumt. Der Andrang des Neuen ist da so gross, dass weder Zeit noch Raum bleibt, den Blick über die enge Zeitbegrenzung hinauszuhoben. In die Lücke springen Literaturgelehrte, die «Gegenwartsliteratur» zu ihrem Gegenstand gewählt haben. Sie sind, im Gegensatz zu den Kritikern, die in Zeitung und Zeitschrift schreiben, nicht ganz so aktuell und können sich leisten, eine umfassendere Betrachtungsweise zu üben. Es ist nur so, dass sie ihrem Gegenstand in ganz anderer Weise gegenüber treten, als Wissenschaftler eben, die Interpretationsmethoden anwenden, Spezialuntersuchungen anstellen und jedenfalls mit dem Werk, das vor kurzem noch ein Versuch war, dem Unausgesprochenen Stimme zu geben, wie mit

einem historischen Faktum verfahren. Vor kurzem schrieb Günter Grass einen aufschlussreichen Rückblick auf «*Die Blechtrommel*», auf die Zeit, da in seinem Gepäck «*gestauter Stoff, ungenaue Vorhaben und präziser Ehrgeiz*» sich drängten. Der kurze Text erfasst den Zustand vor dem Durchbruch, das Ungewisse, auch das, was man die Zufälligkeiten schöpferischer Vorgänge nennen könnte (enthalten im «*Materialienbuch*», Sammlung Luchterhand).

Die Rezeption bedeutender Literaturwerke ist nicht nach wenigen Jahren abgeschlossen. Wer nur gerade zur Kenntnis nimmt, was da von Buchmesse zu Buchmesse auftaucht, um es alsbald ad acta zu legen, verfehlt entscheidende Phasen dieses Prozesses. Und vor allem müsste zwischen der aktuellen Kritik und der methodisch geläuterten wissenschaftlichen Untersuchung eine Weiterführung des Gesprächs stattfinden, zum Beispiel in einer Rubrik «*Beim Wiederlesen*».

Denn zwischen Gegenwart und Vergangenen gibt es Übergänge, Verbindungen und Beziehungen. Es wäre ein allzu enger Begriff von Gegenwart, wollten wir uns allein nach dem richten, was sich als Avantgarde versteht. Die wahre Avantgarde übrigens ist durchaus nicht immer die, die sich als solche versteht und proklamiert. Das zu beurteilen, setzt freilich voraus, dass man nicht allzu begrenzte Zeiträume als gegenwärtig empfindet.

Es ist nicht Sentimentalität und hat mit Nostalgie nichts zu tun, wenn ich Werke wie die grossen Romane von Broch oder die «*Insel*» Thelens erneut ins aktuelle Gespräch ziehen möchte. Was dieses Gespräch – seit langem schon – kennzeichnet, ist seine Kurzatmigkeit. Wohl möglich, dass Erschei-

nungen, wie sie in der bildenden Kunst der Gegenwart oder vielmehr in der aktuellen Kunstkritik zu beobachten sind, auf das literarische Gespräch in Zeitungen und Zeitschriften übergegriffen haben. *Tom Wolfe*, ein guter Kenner der New Yorker Kunstszene, hat in seiner scharfzüngigen Polemik «*The Painted Word*» die Mechanismen durchleuchtet, die den Tanz vom *Abstrakten Expressionismus* zu *Pop Art*, von *Pop Art* zu *Op Art* und von da wiederum zu *Minimal Art* und schliesslich zu *Conceptual Art* antreiben. Das Buch liegt seit kurzem auch in deutscher Übersetzung vor («*Das gemalte Wort*», Ullstein); es geisselt vor allem die Schikieria der Kunsttheoretiker, Galeristen und anderer intellektueller Manager des Kunstbetriebs, eine zahlenmässig erstaunlich kleine Gruppe von Leuten, die es fertig bringen, fast schon wie die grossen Modeschöpfer den Trend zu machen, dem dann die Künstler und die Kunstkritiker der übrigen Welt eiligst folgen. Ganz so einfach ist das in der Literatur ja nicht, schon darum nicht, weil man nicht mittels einer einzigen, gut vorbereiteten und entsprechend gemanagten Ausstellung auch schon Epoche machen kann – wie zum Beispiel mit Jasper Johns' erster Einzelausstellung bei Leo Castelli vom 20. Januar bis 8. Februar 1958. Aber Parallelen zwischen dem von Wolfe satirisch beschriebenen Kunstbetrieb und dem Literaturbetrieb seit 1945 gibt es dennoch, vor allem hinsichtlich der Tatsache, dass die Diskussion nicht im Blick auf Entwicklungen geführt wird, die immerhin das Erinnerungsvermögen und die unmittelbare Erfahrung eines engagierten Gesprächspartners noch keineswegs übersteigen würden.

Es geht hier nicht darum, das Gegen-

wärtige an den «Mustern» etablierter oder gar klassischer Literatur zu messen. Mir schwebt nicht vor, es müsste das Kunstrichtertum des achtzehnten Jahrhunderts erneuert werden, das die Theorie der Gattungen und Dichtungsformen wie einen Codex unumstösslicher Normen zur Beurteilung des Entstehenden gebrauchte. Wenn aber Tradition, was ich nicht bezweifle, nicht der Feind des Neuen, sondern eine seiner unversieghchen Quellen ist, dann scheint es einigermassen töricht, immer wieder so zu tun, als lebten wir künstlerisch und literarisch wie die allerersten Menschen. Ein kritisches Gespräch, das nicht die frühen Erfahrungen und Eindrücke derer einbezieht, die daran teilnehmen, eine Diskussion, die ausklammert, was an Tradition nicht etwa einfach überliefert, sondern in den Gesprächspartnern durchaus lebendig ist, verzichtet auf eine Dimension, die es vor allzu grossen Irrläufen bewahrt. Ich zitiere hier eine Stelle aus den abschliessenden Betrachtungen von *Tom Wolfe* in «*Das gemalte Wort*». Sie handelt von der Verwunderung der Kunststudenten, die dermaleinst auf die Epoche der fünfziger und sechziger Jahre zurückblicken werden: «*Sie werden es erleben, wie die Kunsthistoriker ihnen mit einem Lächeln, das heute dem Studium der phrygischen Astrologie entgegengebracht wird, erklären: <So war das damals!> – wenn sie beschreiben, wie einerseits die Naturwissenschaftler in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts die Entdeckungen ihrer Vorgänger immer weiter ausbauten und dadurch immer mehr Licht in die Welt brachten, während die Künstler es sich zur Methode machten, ihre Augen von allem abzuwenden, was ihre Vorgänger seit Leonardo entdeckt hatten, verängstigt davor*

zurückzusehen oder es mit dem Universal-Lösungsmittel des Wortes zu zersetzen.»

Ich denke nicht, man müsse bis auf Lessing oder davor zurückgehen, ich plädiere nicht für den Einbezug der klassischen Kunstlehren ins literarische Gespräch von heute. Da ist die Literaturgeschichte eindeutig zuständig und hält auch die Informationen bereit, die uns nützlich sein können. Was ich anstrebe, ist die Überwindung der Kurzatmigkeit im aktuellen Gespräch, aus dem nicht ausgerechnet die grossen Bücher der letzten zwanzig Jahre hartnäckig ausgeklammert werden dürften, wenn über die Literatur der Gegenwart diskutiert wird. Es ist unerlässlich, dass sie präsent sind, und zwar genau da, wo die aktuelle Auseinandersetzung stattfindet, nicht in den Seminarien und Hörsälen, nicht in den akademischen Periodika oder in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die längst die Bibliographie der Sekundärliteratur zu Frisch oder zu Grass beherrschen, sondern auf den Literaturseiten selbst, im Gespräch zwischen den jungen Autoren und den älteren, in der Auseinandersetzung über Qualität, die schliesslich der Massstäbe bedarf. Nun gut, der eine oder andere erreicht – wie soeben Max Frisch – ein Alter und einen Ruhm, die ihn mittels einer Gesamtausgabe auch mit dem Teil des Werks wieder ins Gespräch bringen, der lange zurückliegt. Einiges von dem, was da wieder auftaucht aus der Tiefe der Jahre, die wir selber als Leser durchmessen haben, erweist sich dabei als sehr zeitbedingt. Man kann – in Sammlungen kritischer Stimmen – nachlesen, wie die Zeitgenossen es begrüsst haben, und man kann feststellen, dass wir dazu ein ganz anderes Verhältnis haben. Aber es

gibt auch Werke, die schon jetzt gewissermassen «über der Zeit» stehen, ein Phänomen, das unbedingt Folgen haben müsste für die Auseinandersetzung um aktuelle Literatur. Denn selbstverständlich kann man – wenn auch nicht alle – einige Eigenschaften und Merkmale ausmachen, die derartige Werke von mehr ephemeren Erscheinungen unterscheiden. Es wird zwar immer fragwürdig sein, und ich setze mich natürlich dem Verdacht aus, ich wolle Unbequemes oder Unerwünschtes auf unfaire Weise «erledigen», wenn ich von einer Neuerscheinung sage, sie sei ein reines Modeding und werde das nächste Jahr nicht überleben. Nur gibt es andererseits eben Kriterien, die derartige Aussagen stützen. Man kann sie den Beispielen entnehmen, die sich über Jahrzehnte hinweg sozusagen bewährt haben.

Es gibt da übrigens einen banalen Test: das Taschenbuch. In die grossen Taschenbuch-Reihen finden jene Romane und Erzählungen Eingang, die über den Tag hinaus wirken und weiterleben. Man könnte sogar behaupten, das Taschenbuch übernehme die Funktion jener Rubrik «Beim Wiederlesen» weit wirksamer, weil es nämlich einer breiten Leserschicht wohlfeile Gelegenheit zur Wiederbegegnung verschaffe. Es sind die Leser, die dann auch in der Auseinandersetzung mit dem Neuen den relativierenden Hintergrund einer Gegenwartsliteratur sehen, die sich nicht auf den Augenblick allein beschränkt. Was mich stört: die Wahrnehmungen, die dabei gemacht werden, bleiben zumeist unausgesprochen. Darum meine ich nach wie vor, es müsste die Rubrik «*Beim Wiederlesen*» eingeführt werden.

Anton Krättli